Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Gewerkschaft Strafvollzug · dbb beamtenbund und tarifunion · CESI

2 | 2 0 2 5
72. Jahrgang

Foto: BSBD Bundesleitung

BSBD-Bundeshauptvorstand tagt in Würzburg

BSBD unterstützt Bewerbertag in JVA Burg

In der JVA Burg fanden insgesamt drei Bewerberinformationstage statt.

Diese wurden vom Landesvorstand der Gewerkschaft BSBD mit Werbemitteln und durch den Vorsitzenden des Ortsverbandes Burg tatkräftig unterstützt.

Resümierend kann gesagt werden, dass alle drei Veranstaltungen von je ca. 40 Interessierten wahrgenommen wurde und somit als voller Erfolg verzeichnet werden kann.

Inzwischen sind zahlreiche Bewerbungen für das neue Ausbildungsjahr 2025 in der JVA Burg eingegangen.

Dass die Bewerberinformationstage und die damit verbundenen Werbemaßnahmen ein Erfolg waren, lässt sich auch aus einer positiven Rückmeldung einer Mutti erkennen, welche sich im Nachgang für die tollen Einblicke in das Berufsfeld des Justizvollzugsbeamten bedankte. Hierzu der Originaltext aus dieser Email:

„Sehr geehrter Herr Köppe,

mein Sohn Damian und ich als begleitende Mutti, möchten uns bei dem gesamten Team, welches am 07.02.2025 aktiv beim Berufstag waren, ganz herzlichst bedanken. Es war unglaublich informativ und sehr gut organisiert. Alle waren sehr freundlich und motivierend, den Beruf interessant zu bewerben. Bei Damian hat es Eindruck hinterlassen. Er war noch nie von einem Berufstag so begeistert und überzeugt, wie nach diesem Berufstag. Mein Sohn erwähnte sogar, dass er sich in der Uniform gesehen habe und er das erste Mal das Gefühl hatte, das ist der richtige Beruf, das möchte er in Zukunft werden. Er hat sich sogar bei mir als Mama bedankt, das ich diesen Termin mit ihn organisiert hatte. Für sein Gefühl, dass dies der richtige Beruf für ihn sei, dafür hat das gesamte anwesende Team gesorgt. Vielen lieben Dank dafür.

Danke auch für die Werbung in der Dates, ohne diese Werbung hätten wir gar nicht über diese Möglichkeit erfahren. Großes Lob an das gesamte Team.

Mit freundlichen Grüßen
eine Kollegin der Polizei und ihrem begeisterten Sohn Damian."

Diese Nachricht zeigt uns: Wir sind auf dem richtigen Weg. ■

Auf dem Foto sind zu sehen von links: Arne Wels (AVD-Stationsdienst, frisch fertig geworden im letzten Jahr), Maria Gröber (Leitende Sozialarbeiterin), Marcel Porsch (Geschäftsleiter), Christian Köppe (Verantwortlicher für die Bewerbertage in Burg) und Matthias Hentschel (Revisionsdienst, Hundeführer und Personalratsvorsitzender der JVA Burg)/Fotograf: Jörg Hagendorf (Vorsitzender Ortsverband BSBD Burg)

So geht man nicht mit seinem Personal um!

Das Land Sachsen-Anhalt hat ein neues Gefängnis in Halle-Tornau geplant.

Halle-Tornau soll der neue Standort für ein Gefängnis in Sachsen-Anhalt werden. Das hat das Land am Anfang Oktober 2023 mitgeteilt. Die neue JVA soll die Standorte in Halle ersetzen und europäische Vorgaben erfüllen. In Betrieb gehen soll sie 2029.

Justiz- und Verbraucherschutzministerin Franziska Weidinger nennt das:

„Das ist ein wichtiges Signal für die Justiz Sachsen-Anhalt und ein Bekenntnis zum Justizvollzugsstandort Halle. Wir benötigen für den Justizvollzug im Land dringend zeitgemäße und erweiterte Kapazitäten für Gefangene, welche der Neubau bieten soll. Zugleich werden für unsere Bediensteten zukunftsfähige Arbeitsbedingungen geschaffen. Ich danke allen Beteiligten dafür, dass mit Nachdruck an der Realisierung des Projektes gearbeitet wird. Wir brauchen nun eine zügige bauliche Umsetzung.“

Das Land Sachsen-Anhalt beabsichtigt den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) in der Stadt Halle (Saale), welcher auf einem fast 17 Hektar großen Areal im Stadtteil Tornau, unweit der Bundesautobahn 14, entstehen soll.

Laut Finanzministerium ist der Erwerb der entsprechenden Grundstücke für den Gefängnisneubau durch die Immobilien- und Projektmanagementgesellschaft (IPS) bereits erfolgt. Die IPS plant noch für dieses Jahr die europaweite Ausschreibung der Generalplanungsleistungen. Die JVA soll nach aktuellen Planungen 2029 in Betrieb genommen werden. Durch das Land wurden für das Haushaltsjahr 2024 waren bereits rund 20 Millionen Euro für vorbereitende Maßnahmen veranschlagt.

Finanzminister Michael Richter argumentiert mit den Worten:

„Der neue Standort bietet mehr Fläche und Erweiterungsmöglichkeiten als die Bestandsliegenschaften. Mit dem Neubau werden wir den Anforderungen an einen modernen Justizvollzug gerecht.“

Die neue Justizvollzugsanstalt in Halle-Tornau soll nach der Fertigstellung die aktuelle innerstädtische Hauptanstalt der JVA Halle am Kirchtor („Roter Ochse“) und die Nebenstelle der JVA Halle in der Wilhelm-Busch-Straße („Frohe Zukunft“) ersetzen.

Hierzu ist ein Verhandlungsverfahren mit einem Teilnahmewettbewerb und integrierten Lösungsvorschlägen (Konzepten) vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Lösungsvorschläge in der zweiten Jahreshälfte 2024 vorliegen werden, so die Aussage aus dem Finanzministerium.

Für die aktuellen Justizvollzugsstandorte „Roter Ochse“ und „Frohe Zukunft“ in der Stadt Halle (Saale) laufen auch unter Beteiligung der Stadtverwaltung bereits Gespräche zur Nachnutzung.

Vorgaben der EU gelten schon ab 2025

Grund für den geplanten Neubau sind auch Vorgaben der EU: Von Januar 2025 an haben alle Gefangene das Recht auf eine Einzelzelle – und mehr Platz.

„Der neue Standort bietet mehr Fläche und Erweiterungsmöglichkeiten als die Bestandsliegenschaften, mit dem Neubau werden wir den Anforderungen an einen modernen Justizvollzug gerecht", erklärte der Finanzminister Michael Richter (CDU) in der Öffentlichkeit (Okt. 2023).

„Wir brauchen nun eine zügige bauliche Umsetzung", so die Justizministerin Frau Weidinger gegen über der Presse (Okt. 2023)

Neben den Standort Halle gibt es im Land die größte Haftanstalt in Burg an der A2 sowie den Standort Volkstedt, der ausgebaut wird und die Jugendanstalt Raßnitz.

Wirbel um den Gefängnis-Neubau, auf einmal wird ein neuer Standort ins Spiel gebracht!

Anfang März wurde in der Rechtsausschusssitzung, seitens des Finanzministeriums über ein Plan B berichtet – neuer Standort für die Stadt Halle, soll wahrscheinlich die Stadt Weißenfels eine neue Justizvollzuganstalt bekommen.

Danach wurden Vorwürfe laut, das das Finanzministerium den Landtag und vor allen die Rechtsausschussmitglieder und vor allem das Justizministerium nicht in seine Vorstellung über die Standortwahl ein gebunden hat.

Fachgewerkschaft kritisiert die Kommunikation des Landes!

Der BSBD Sachsen-Anhalt kritisiert die Informationspolitik des Landes. Die Bediensteten würden nicht mitgenommen. „Das macht ein schon wütend“ wird in der Presse der Landesvorsitzende Mario Pinkert zitiert. Das Finanzministerium müsse viel besser über die Pläne informieren, es gebe bisher kaum Informationen. „Da braucht man sich nicht zu wundern, dass die Leute sauer sind. So geht man mit dem Personal um“.

Ein wenig mehr Licht in dieser Angelegenheit, sollte die Sondersitzung des Rechtsauschuss im Landtag von Sachsen-Anhalt am 12. März 2025 bringen.

Wird das neue Gefängnis in Halle oder Weißenfels gebaut?

In der Sondersitzung des Rechtsausschusses blieb am Mittwoch offen, welcher Standort das Rennen machen könnte. Fest steht: Es muss schneller gehen. Neben der Ertüchtigung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Volkstedt benötigt das Land dringend weitere Haftplätze im Süden Sachsen-Anhalts. „Das muss schnell gehen und ist unerlässlich“, betonte Justizministerin Franziska Weidinger (CDU) gestern im Rechtsausschuss des Landtages.

Seit Oktober 2023 steht für den seit Jahren geplanten sogenannten Super-Knast ein Grundstück in Halle-Tornau bereit. Die landeseigne Immobilien- und Projektmanagementgesellschaft IPS hatte die Fläche an der A14 von einer Erbengemeinschaft gekauft und mit Vorbereitungen begonnen.

3,2 Millionen Euro flossen bereits in das Vorhaben. Laut Finanzministerium kostete das Bauland 2,5 Millionen Euro. 663.000 Euro kommen für „externe Leistungen zur Entwicklung und Planung“ hinzu.

Das Problem laut Finanzstaatssekretär Rüdiger Malter liegt bei hinsichtlich des Baurechts. Das Verfahren dauere zu lange. Und jedes Jahr rechne er damit, dass der Bau wegen steigender Kosten 20 Millionen Euro teurer werde. Aus diesem Grund prüfe man in Langendorf, einem Ortsteil von Weißenfels (Burgenlandkreis), eine Alternative. Malter: „Dort ist das politische Willkommen ganz anders als in Halle.“ Weißenfels Oberbürgermeister Martin Papke (CDU) bringt ein Grundstück ins Spiel, für das es „faktisch schon Baurecht gibt“ und der Bebauungsplan nur angepasst werden müsse.

Halles designierter Oberbürgermeister Alexander Vogt (parteilos) will den Neubau in Halle-Tornau sogar zur Chefsache machen. Herr Vogt sprach von einer „bisher suboptimalen Kommunikation“. Die Ministerin Frau Weidinger ist klar für Halle-Tornau.

Von der Alternative in Weißenfels überrascht, beklagten sich die Parlamentarier im Rechtsausschuss, nicht ausreichend vom Finanzministerium einbezogen worden zu sein.

Die Linken zeigten Unverständnis darüber, dass sich außer in Weißenfels auch in Bernburg und Dessau Flächen angesehen wurden, ohne darüber zu informieren. Die Aussage sich in Bernburg und Dessau Flächen angeschaut zuhaben, bekamen die Rechtsausschussmitglieder erst auf Nachfrage, vom Finanzstaatssekretär Rüdiger Malter.

Rechtsausschussmitglied Sebastian Striegel (Grüne): „So kann man nicht mit dem Parlament umgehen.“

Kritik übte auch Mario Pinkert, Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten(BSBD): „Weißenfels kommt allein wegen der langen Anfahrten zu den Gerichten zum Beispiel nicht infrage.“ Darum hier einfach mal ein paar Fragen und Gedanken dazu.

Wie kann es sein, dass ein einzelner Minister scheinbar an allen anderen Abgeordneten und Ausschüssen vorbei allein eine Entscheidung trifft, wo eine neue JVA gebaut werden soll?

Warum steht der Neubau in Halle noch nicht, welcher bereits seit 2018 eröffnet sein sollte?

Wo sind die dafür eingestellten Haushaltsmittel verblieben?

Wieviel Steuergelder hat der Finanzminister bisher versenkt, ohne dafür Verantwortung zu übernehmen, für seine offensichtlichen Alleingänge?

Wenn der Neubau in der Nähe von Weißenfels (Langendorf) entstehen sollte, sind die damit einhergehenden Versetzungen von Personal das Eine, aber wie sollen Kollegen, die nun bereits seit fast 10 Jahren nach Halle fahren, dann noch weiterfahren sollen, dort ankommen? Das halte ich für höchst unwahrscheinlich!

Ein weiterer Minuspunkt sind die dann entstehenden, logistischen Herausforderung, was die Vorführungen zu Gerichten angeht. Hier wären Gerichte, z. Bsp. am weitesten dann entfernt AG Wittenberg, AG Dessau-Roßlau und das AG Wernigerode usw. (Bei Mittätertrennung und Direktvorführung bis nach Salzwedel, Gardelegen und Stendal!!!). Das würde zusätzliches Personal binden, welches so schon nicht verfügbar ist, da die Kollegen hier dann meist vor Ort bleiben würden, weil die Strecken einfach zu weit sind.
Das ist doch Wahnsinn!!

Dies ist auch eine Mehrbelastung für die Gefangenen, bei stundenlangen Anfahrten zu Gerichten!

Bei längeren Anfahrten erhöht sich auch das Sicherheitsrisiko immens!

Dann steht auch noch die Frage im Raum, wurde das Innenministerium mit eingebunden. Weil auch für die Polizei eine komplette Aufgabenverschiebung und Mehraufwand auf sie zukommt. Das bedeutet den logistischen Aufwand und den personellen Aufwand.

Der nächste Minuspunkt bei so einer unüberlegten Veröffentlichung, dass wenn diese Entscheidung getroffen wird, dass dann ein Fehler sich wiederholt, mitten im Nirgendwo zu bauen, was die Wiedereingliederung schier erschwert und in der Pampa genauso super die Busverbindungen sind, wie in Madel bei Burg, nämlich einfach nur schlecht! .....

Auch für Justizministerin Weidinger bleibt Halle-Tornau „vollzugsfachlich der Favorit“. Sie sagte, dass die Pressearbeit der letzten Tage, einen „großen Schaden am Vertrauen der Mitarbeiter angerichtet“ habe. Über eine Pressemitteilung aus Weißenfels waren die Pläne öffentlich geworden.

Der Landesvorsitzende des BSBD, Mario Pinkert, hatte seinen Unmut dazu schon am 06.03.2025 in der Mitteldeutschen Zeitung geäußert.

Aus der heutigen Sitzung geht hervor, dass der Rechtsausschuss geschlossen hinter dem Standort Halle-Tornau steht. Auch sicherte der neu gewählte Oberbürgermeister von Halle, Dr. Alexander Vogt, gegenüber dem Landesvorsitzenden des BSBD seine volle Unterstützung für den Neubau des Gefängnisses am Standort Halle-Tornau zu.

Der BSBD LV Sachsen-Anhalt bleibt an dem Thema und wird die Debatten um den Gefängnisneubau weiterhin intensiv verfolgen und sich vehement für den Standort Halle-Tornau einsetzen. ■

Foto: clearviewstock/stock.adobe.com

Ein Jahrzehnt erfolgreiche Nachwuchsgewinnung Jubiläum in der Justiz Sachsen-Anhalt:

Seit zehn Jahren sind Kolleginnen und Kollegen der Justiz im Einsatz, um aktiv für Justizberufe zu werben. Im Jahr 2015 hat das Messeteam des Justizvollzugs die Arbeit aufgenommen und wurde später durch ein Team des Oberlandesgerichts (OLG) Naumburg ergänzt. Seit dem Startschuss haben die Beraterteams der Justiz an mehreren hundert Messen, Informationstagen und anderen öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen und Interessierten die vielfältigen Berufsmöglichkeiten in allen Bereichen der Justiz aufgezeigt. Sachsen-Anhalts Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Franziska Weidinger, dankte den Mitgliedern der Messeteams am Samstag persönlich bei einem Besuch der größten Bildungsmesse in Sachsen-Anhalt, der „Chance“ in Halle (Saale): „Alle, die sich in den Messeteams engagieren, leisten einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung des Generationenwechsels und zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Justiz im Land. Diese Kolleginnen und Kollegen sind es, die junge Menschen für Justizberufe begeistern und Einblicke in die Justiz ermöglichen. Die Arbeit der Messeteams ist unverzichtbar, insbesondere, weil sich gezeigt hat, dass der wohl wichtigste Baustein bei der Nachwuchsgewinnung weiterhin der persönliche Kontakt ist. Nichts ersetzt das persönliche Gespräch, in dem Fragen beantwortet, berufliche Perspektiven aufgezeigt und echte Einblicke in den Justizalltag gegeben werden. Ich freue mich, dass die Messeteams des Justizvollzugs und des Oberlandesgerichts inzwischen oft gemeinsam auf Veranstaltungen als Justizfamilie vertreten sind. Hervorzuheben ist auch, dass die Mitglieder der Messeteams neben dem regulären Dienst für die Nachwuchsgewinnung aktiv sind und diese Aufgabe nur mit großem Engagement erfüllen können, weil in den Stammbehörden zahlreiche Kolleginnen und Kollegen zeitweise die Arbeit der Messeteammitglieder übernehmen. Mein Dank gilt deshalb auch den Bediensteten, die unseren Messeteammitgliedern damit sprichwörtlich den Rücken freihalten.“ In den vergangenen Jahren hatte die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt die Aktivitäten zur Nachwuchsgewinnung für alle Bereiche schrittweise intensiviert. Im Rahmen der Rekrutierungskampagne werden neben Messeauftritten zahlreiche digitale Kanäle und analoge Werbemaßnahmen genutzt, um die Attraktivität der Justizberufe und die vielfältigen Karrieremöglichkeiten in der Justiz hervorzuheben. Seit 2023 ist an den Messeständen des Justizvollzugs Sachsen-Anhalt auch eine virtuelle Gefängnisführung möglich. Per VR-Brille können Interessierte hinter die Kulissen eines Gefängnisses blicken und dabei schon ihren möglichen neuen Arbeitsplatz kennenlernen.

Fotos (4): Dando Weiser (MJ)

Das Messeteam mit Frau Weidinger (Justizminsterin)

Dass die intensivierten Rekrutierungsmaßnahmen angenommen werden, zeigen die statistischen Daten.

Im Jahr 2022 hat die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt insgesamt 95 Anwärterinnen und Anwärter (Auszubildende) für die Allgemeine Justiz und die Staatsanwaltschaften (Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst, Mittlerer Justizdienst, Justizwachtmeisterdienst, Amtsanwaltsdienst, Gerichtsvollzieherdienst) sowie den Justizvollzug (Allgemeiner Justizvollzugsdienst, Allgemeiner Vollzugsund Verwaltungsdienst) eingestellt.

Im Jahr 2023 waren es bereits 113 und im vergangenen Jahr (2024) insgesamt 123 Anwärterinnen und Anwärter. ■

Justizvollzug ist ein wichtiger Baustein der Sicherheit

dafür steht der BSBD - LV Sachsen-Anhalt

Eine starke Mannschaft, für den Hauptpersonalrat beim Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bitte folgt unserem Aufruf und motiviert eure Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme für die HAUPTPERSONALRATSWAHL im Jahr 2025 zugeben.

Welche Ziele verfolgen wir aktuell?

- Sicherheit ist sehr wichtig für die Gesellschaft
- Kein Stellenabbau im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Einhaltung der Fürsorgepflicht für **„ALLE“** Bediensteten
- Verbesserung der Wertschätzung **„ALLER“** Mitarbeiter
- Verbesserungen der Arbeitsbedingungen

Wählt die Liste
Justizvollzug bedeutet Sicherheit

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
LV Sachsen-Anhalt

KOMMT ZUR WAHL! Wer verhindert ist, nutzt bitte die Chance der Briefwahl.